

Mai
1993

"UnterstützerInnengruppe für die Flüchtlinge im
Bezirkssammellager in der Vauban-Kaserne"
c/o Radikaldemokratisches Centrum
Egonstr. 54, 7800 Freiburg

Heute, Mittwoch, den 26.5.2993, finden im Bezirkssammellager in der ehemaligen Vauban-Kaserne Bewerbungsgespräche für die vakanten SozialarbeiterInnenstellen statt. Die Aufgaben für die Stellen lauten:

Beratung und Betreuung der untergebrachten Personen zur Bewältigung ihrer Lebensumstände.

Unserer Ansicht nach ist dies eine Farce, so daß Sozialarbeit zum Feigenblatt für den unmenschlichen Alltag im Abschiebelager wird. Wir lehnen grundsätzlich jede Arbeit im Bezirkssammellager ab. Die Erfahrungen, die wir seit der Inbetriebnahme des Lagers im Oktober '92 gemacht haben, bestätigen uns diese Haltung:

1. Unterbringung

Inzwischen befinden sich im Lager ca. 400 Flüchtlinge aus mindestens sieben verschiedenen Herkunftsländern, ohne Rücksicht auf ethnische Besonderheiten gemeinsam in Zimmern mit bis zu 9 Personen untergebracht. Die Folge dieser Enge sind Aggressionen und Apathie, verstärkt durch die Sprachenvielfalt, die eine Verständigung fast unmöglich macht. Es steht kein/e Dolmetscher/in zur Verfügung, mit der Konsequenz, daß die Flüchtlinge in der Regel nicht wissen, welche Rechte ihnen auf juristischer oder Verwaltungsebene zustehen.

Die Essensversorgung ist weder ausreichend noch ausgewogen, noch werden dabei besondere Bedürfnisse wie z.B. Essensvorschriften der Muslime berücksichtigt: nach Aussagen der Flüchtlinge gibt es immer das selbe (Nudeln oder Reis mit Fleischsoße).

Das monatliche Taschengeld von 70 DM wird nun in zwei Raten von jeweils 35 DM ausgezahlt, wobei die erste Zahlung erst zwei Wochen nach Eintreffen im Bezirkssammellager erfolgt, auch wenn die Flüchtlinge z.B. durch Verlegung vorher wochenlang kein Geld bekommen haben. Zudem erhielten einige Flüchtlinge nur 21 DM. Es ist offensichtlich, daß auf diese Weise weder die Mangelernährung ausgeglichen noch andere Grundbedürfnisse gedeckt werden können.

2. Verschärfte Kontrolle

Kürzlich eingeführte Kontrollbögen für die Essensausgabe erlauben keinen "Nachschlag" mehr, zudem dienen sie zur Anwesenheitskontrolle der Flüchtlinge. Ein kürzlich fertiggestelltes neues Tor mit

Sicherheitsschleuse betreibt nun die Absperrung noch intensiver, als es das Vorhängeschloß und die Identitätskontrollen der Ein- und Ausgehenden ohnehin schon taten.

3. Verschiebungen

Weiterhin werden Flüchtlinge nach kurzer Zeit in andere Unterkünfte in Baden-Württemberg verschoben, wobei die Kriterien dafür völlig unklar sind. Dies fördert einerseits die Verunsicherung bei den Flüchtlingen, und verhindert andererseits einen kontinuierlichen Kontakt mit außen.

4. Situation alleinstehender Frauen

Alleinstehende Flüchtlingsfrauen haben einen besonders schweren Stand: da sie weder auf einem Stockwerk für sich sein können, noch die Trennung der sanitären Anlagen verständlich gemacht wird und somit auch nicht eingehalten werden kann, sehen sie sich permanenter Bedrängnis und Schikane sowohl männlicher Flüchtlinge als auch der Angestellten des Lagers (z.B. bei der Essensausgabe) ausgesetzt.

5. Kündigung des Informationsberaters

Von einem Mitarbeiter der Informationsstelle wurde ab und zu positiv berichtet, daß er den Flüchtlingen weitergeholfen habe. Diesem Mitarbeiter wurde nahegelegt, zu kündigen.

Fazit

Unter den gegebenen Umständen ist eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge unmöglich gemacht. Sinnvolle Sozialarbeit kann bei einer Quote von momentan nur einer Sozialarbeiterin pro 400 Leute, deren Sprache sie meist nicht versteht, nicht geleistet werden. Wohlfahrtsverbände hatten deshalb jede Betreuung in einem solchen Lager von vorneherein abgelehnt.

Die Befürchtungen, daß das Konzept dieser Lager die Konfliktpotentiale bewußt in Kauf nimmt und auch eine Unterstützung von außen so schwer wie nur möglich macht, sehen sich nach sieben Monaten Bestehen dieses Lagers leider auf ganzer Linie bestätigt. Die alltägliche Praxis offenbart den Zweck dieser Einrichtung als Wartelager auf Abschiebung.

Wir werden diese menschenunwürdige Abschiebungsmaschinerie weiterhin öffentlich machen und auf allen Ebenen bekämpfen.